

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 46 (1999)
Heft: 1-2

Rubrik: ZS-Partner = Partenaires PCi

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

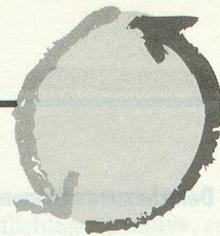
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Ein neue Rubrik in der Zeitschrift «Zivilschutz»

Partnerschaft – Kooperation – Kommunikation

rei. Die Zeitschrift «Zivilschutz» steht nicht still, sondern richtet den Blick nach vorne und nimmt aktuelle sowie bevorstehende Entwicklungen wahr. Das erst macht die Zeitschrift interessant und lebendig. Unter diesem Aspekt wurde die neue Rubrik «Partnerschaft – Kooperation – Kommunikation» geschaffen, die in dieser Ausgabe erstmals erscheint und in Zukunft ein fester Bestandteil des Redaktionsprogramms sein wird.

Die Zeiten ändern sich und herkömmliche Begriffe gewinnen eine neue Bedeutung. Das gilt insbesondere für den Bevölkerungsschutz, innerhalb dessen weitgespanntem Rahmen der Zivilschutz nur noch ein Teil ist – wenn auch ein unverzichtbarer Teil. Immer mehr hat sich in den letzten Jahren jedoch partnerschaftliches Zusammenwirken durchgesetzt und als das Erfolgsrezept für die zukünftige Be-

wältigung von Gefahren und Notlagen erwiesen. «Einzelkämpfer» sind nicht mehr gefragt. Der Zivilschutz hat dies erkannt und richtet sich darnach. Partnerschaft hat im praktischen Alltag schon lange Einzug gehalten.

Lerne deine Partner kennen

Aber wie steht es diesbezüglich mit der Information? Seien wir ehrlich. «Wir über uns» ist logischer- und auch richtigerweise das Hauptthema von Fachzeitschriften, welches Gebiet sie auch immer behandeln. «Zivilschutz» stellt diesbezüglich keine Ausnahme dar. Hinsichtlich der Information über andere besteht ein echtes Defizit. «Zivilschutz» geht deshalb einen Schritt weiter und durchbricht das enge Gärtchendenken. «Lerne deine Partner kennen», ist die Idee. Wer sich besser kennt, versteht sich besser, arbeitet besser zusammen, ist motivierter und kann auch mitreden. Die Zeitschrift «Zivilschutz»

macht dies möglich, indem sie heute und in Zukunft darüber berichtet, was sich in den Partnerorganisationen tut: Grundsätzliches, Aktuelles, Interessantes, Personelles.

Welches sind die Partner?

Auf der Ebene der Zeitschrift ist die Information und Kommunikation die Form der Zusammenarbeit und Partnerschaft. «Zivilschutz» nimmt damit im schweizerischen Zeitschriftenwald eine Leaderfunktion ein. Aber welches sind denn eigentlich die angesprochenen Partner? Hier soll der Zaun sehr weit gesteckt werden. Partner sind alle, die in den Bereichen Sicherheit, Bevölkerungsschutz, Hilfeleistung und Humanitäres angesiedelt sind. Die Liste der Ansprechpartner ist deshalb lang. Unsere neue Rubrik gewinnt dadurch aber auch an Vielseitigkeit und weckt breites Interesse. Die Redaktion wünscht Ihnen bei der Lektüre viel Vergnügen. ▣

Prävention, Selbst- und Nachbarhilfe

«Crime Stop»-Kampagne der Kapo Aargau

rei. Der Kriminalität schon gar keine Chance zu geben, ist die wirksamste Methode der Verbrechensbekämpfung. Gestützt auf diese Philosophie hat die Kantonspolizei Aargau im Herbst 1998 die Präventionskampagne «Crime Stop» lanciert. Es wird damit primär an sicherheitsbewusstes, eigenverantwortliches Handeln, an die aktive Nachbarhilfe und an die Mithilfe der Bevölkerung bei der Polizeiarbeit zur Bekämpfung der Kriminalität appelliert.

Prävention auf den verschiedensten Gebieten wird von der Kantonspolizei Aargau schon seit Jahren mit grossem Engagement betrieben. Die Aktion «Crime Stop» ist eine Reaktion auf die veränderte Kriminalitätslage. Wie Regierungsrat Silvio Bircher an der Medienkonferenz vom 15. Oktober 1998 erläuterte, sah sich der Kanton Aargau in den letzten drei Jahren mit einer Zunahme der zur Anzeige gelangten, nach

Strafgesetzbuch strafbaren Handlungen konfrontiert. 1997 betrug die Zahl der registrierten Vorfälle über 37 000, was eine Zunahme von rund 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Zahl der Einbruch- und Einschleibdiebstähle stieg im Jahr 1997 gegenüber dem Vorjahr um knapp 30 Prozent auf 5402 Fälle. Insbesondere bei den Einbruchdiebstählen war die Zunahme noch ausgeprägter. Handlungsbedarf war angesagt.

Wirksames polizeiliches Handeln

Die Kantonspolizei Aargau reagierte auf die veränderte Kriminalitätslage mit verschiedenen Einsätzen von März bis Juni 1998. Die getroffenen Massnahmen trugen dazu bei, die Zahl der Einbruchdiebstähle bis Ende Sommer 1998 um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu reduzieren. Es war indessen zu jeder Zeit klar, dass es nicht bei diesen Massnahmen allein bleiben durfte. Insbesondere im Hinblick auf die zu erwartende Zunahme der Einbruchdiebstähle im Spätherbst und während der Wintermonate erachtete es die Kantonspolizei für erforderlich, die Bevölkerung für eine aktive Mithilfe gegen die Einbruchskriminalität zu gewinnen. Unter dem Titel «Crime Stop» wurde eine gross-

angelegte Präventionskampagne in die Wege geleitet. «Die innere Sicherheit kann der Staat allein mit seinen Mitteln nicht gewährleisten», sagte der Aargauer Polizeikommandant Léon Borer an der Medienorientierung. «In diesem Bereich muss auch der einzelne seine Eigenverantwortung wahrnehmen.»

Bereits anfangs März 1998 war der Kampagne ein Rahmenbefehl vorausgegangen, mit dem das Polizeikorps über die Zielsetzungen und Erwartungen der Aktion «Crime Stop» eingehend orientiert wurde. Diese lauteten wie folgt: Mit offener Polizeipräsenz an «hot spots» das subjektive Sicherheitsgefühl wirksam verstärken und die objektive Sicherheit verbessern. – Nachhaltig die Sicherheit und Ordnung in und um Asylantenunterkünfte wiederherstellen bzw. aufrechterhalten. – Einbruchskriminalität senken und die Bevölkerung mehr mit einbeziehen, zum Beispiel mit besonderen Fahndungsaktionen und mehr Nachbarschaftshilfe. – Mehr und wirksamere Grenzkontrollen durchführen. – Einsätze sorgfältig in einem Lagezentrum planen und auswerten. – Mit einem Sonderstab Professionalität gewährleisten und polizeiliche Prioritäten festlegen. Die Resultate sprechen für sich. Im Zeitraum vom 27. Februar bis 23. Juni 1998

konnte die Kantonspolizei im Rahmen von «Crime Stop» Erfolge verzeichnen, wie:

- Sicherstellen von Bargeld im Betrag von rund 300 000 Franken
- Sicherstellen von Schmuck im Betrag von rund 250 000 Franken
- In 13 Fällen Sicherstellen von Waffen und Munition
- Sicherstellen von 34 Natels
- Sicherstellen von 35 gefälschten Ausweisen
- 130 Verhaftungen
- 61 positive RIPOL- und andere Abklärungen
- 167 Ausschaffungen von Kriminellen in ihr Heimatland

Bevor es zu spät ist

Von Anbeginn der Aktion war klar, dass nach einer ersten kraftvollen Reaktion der Polizei zur Beruhigung der Lage im Frühjahr besondere Anstrengungen im Herbst notwendig würden, um die Zahl der Einbruchdiebstähle auch in den Wintermonaten zu senken oder zumindest zu stabilisieren. Der Grosse Rat des Kantons Aargau bewilligte dafür einen Kredit von 180 000 Franken. Die Kampagne umfasste einen gesamtkantonalen Plakataushang, das Verteilen einer Sicherheitsbroschüre in jeden Haushalt des Kantons, Radio- und TV-Spots zu den Themen Einbruch, Gewalt und Diebstahl, Opferbetreuung nach Einbruch- und Gewaltdelikten, symbolisches Geschenk (Taxcard) für gute Fahndungshinweise. Laut Léon Borer erwartet die Kantonspolizei von der Kampagne unter anderem, dass sich die Mitbürger und Mitbürgerinnen im Kanton Aargau bewusster mit dem Thema persönliche Sicherheit und Sicherheit im Wohnbereich auseinandersetzen, ihre persönliche Lage kritisch überprüfen, Schwachstellen erkennen und aktive Massnahmen ergreifen, um diese zu beheben oder zumindest zu reduzieren. Der Gedanke der Nachbarschaftshilfe soll noch vermehrt praktisch angewandt und zu einer Selbstverständlichkeit werden. Die Sicherheitsoffensive soll auch die Verantwortlichen in den Gemeinden, wo die Kriminalität echte Sorgen bereitet, animieren, durch neue und initiative Wege auf die besonderen Sicherheitsanliegen der Bürgerschaft besser einzugehen. Borer: «Die Einbindung aller relevanten Gruppierungen in das Thema Sicherheit ist notwendig und erfolgversprechend. Es gilt für alle Seiten, die Chancen und Möglichkeit zu nutzen.» Im Kanton Aargau wurde diese Botschaft verstanden. Immer mehr wird der Zivilschutz für die Wahrung von Sicherheitsanliegen zu Hilfe gerufen. Lesen Sie die Berichte unter der Rubrik «Zivilschutz in der Gemeinde». ▀

Feuerwehr-Einsatz in Hirschtal



rei. Die Aktion «Crime Stop» der Kantonspolizei Aarau war auch für die Exekutive der Gemeinde Hirschtal (1200 Einwohner) ein Motivationsschub. Auf Initiative von Gemeindeammann Peter Stadler, der für das Ressort Sicherheit verantwortlich ist, wurde von der Feuerwehr ein Patrouillendienst ins Leben gerufen. Einsatzleiter ist der Feuerwehrkommandant Marcel Bolliger. Für die nach einem unregelmässigen Zeitplan durchzuführenden Kontrollgänge stehen rund 20 Freiwillige zur Verfügung, die mit einem Natel ausgerüstet sind. Als Entschädigung erhalten sie den Übungssold der Feuerwehr. ▀

Erfolgreiche Polizei



Riegel geschoben: Als immer mehr Einbrecher den Kanton Aargau heimsuchten, lancierte die Polizei im Februar 1998 die Aktion «Crime Stop» ... Das Resultat: In den Monaten Oktober bis Dezember 1998 gingen die Einbrüche im Vergleich zum Vorjahr um 42 Prozent zurück.

«Blick» Aktuell, 23. Dezember 1998

Projektgruppe Feuerwehr 200X

Regierungskonferenz ist die «Drehscheibe»

bi/rei. Nicht nur der Zivilschutz und die Armee arbeiten zielstrebig auf ihre Projekte 200X hin. Auch die Regierungskonferenz für das Feuerwehrwesen als wichtiger Partner im Projekt Bevölkerungsschutz 200X (BS 200X) hat eine Projektgruppe eingesetzt. Dieses Projekt ist als eigentlicher Vorlauf des BS 200X konzipiert.



Die Gruppe besteht aus insgesamt elf Feuerwehr-Fachpersonen, die von Beda Sartory, Wil SG, geleitet wird. Der Projektauftrag wurde im Februar 1998 wie folgt formuliert: *Die Projektgruppe hat ein zukunftsgerichtetes Modell für das schweizerische Feuerwehrwesen zu entwickeln. Es muss*

Klarheit über den Umfang und das Tätigkeitsgebiet des Feuerwehrwesens schaffen. Bestehende Doppelspurigkeiten zu den Rettungsorganisationen des Bundes sind zu hinterfragen und zukunftsgerichtete Lösungen zu entwickeln. Für die Kantone sollen lediglich die Rahmenbedingungen definiert werden. Es ist anschliessend Sache der Kantone, das massgeschneiderte Feuerwehrkonzept zu entwickeln.

Das Projekt Feuerwehr 200X dürfte voraussichtlich in nächster Zukunft abgeschlossen sein. Die Plenarversammlung der zuständigen Regierungsmitglieder wird anschliessend dieses Positionspapier verabschieden. Somit verfügen die Kantone erstmals über ein einheitliches, gesamtschweizerisch geltendes Feuerwehrkonzept. Dieses bildet dann eine verlässliche Ausgangslage für die Mitarbeit im Projekt BS 200X, bei dem die Feuerwehr einen massgebenden Partner verkörpert.

Wichtiges Bindeglied

Die Regierungskonferenz für das Feuerwehrwesen hat sich in kurzer Zeit zu einem wichtigen Bindeglied zwischen den 26 Kantonen und den verschiedenen Bundesstellen entwickelt. Gerade das Projekt 200X zeigt, wie wichtig eine gemeinsame und einheitliche Philosophie der Feuerwehren ist. Die Konferenzmitglieder verfügen dank ihrer hoheitlichen Funktion auch über das Instrument der Umsetzung in den einzelnen Kantonen. So ist gewährleistet, dass die gemeinsam gefassten Beschlüsse auf Stufe Kanton und Gemeinde innert nützlicher Frist umgesetzt werden.

Beda Sartory, in Armee-, Zivilschutz- und Feuerwehrfragen gleichermaßen versiert, leitet die Projektgruppe Feuerwehr 200X.



FOTO: E. REINWANN

Hoheit der Kantone bleibt

Es ist indessen der erklärte Wille der Konferenz, das Feuerwehrwesen ausschliesslich als hoheitliche Aufgabe der Kantone und Gemeinden weiterzuführen. Ein Bundesamt für das Feuerwehrwesen wird von allen zuständigen Regierungsmitgliedern konsequent abgelehnt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist vor drei Jahren die Regierungskonferenz für das Feuerwehr-

wesen entstanden. In dieses Gremium ist übrigens auch das Fürstentum Liechtenstein einbezogen. Die Aufgaben sind zwischen dem Schweizerischen Feuerwehrverband (fachliche Kompetenz) und der Regierungskonferenz (hoheitliche Kompetenz) aufgeteilt worden. Zurzeit bearbeitet die Regierungskonferenz in erster Linie das Projekt Feuerwehr 200X. Zudem laufen noch einige weitere Projekte, die zum Teil im Mandatsverfahren dem Schweizerischen Feuerwehrverband übergeben wurden.

Die Strukturen

Die Regierungskonferenz ist wie folgt organisiert:

Regierungskonferenz (Plenarversammlung):

Mitglied der Plenarversammlung ist das im Kanton zuständige Regierungsmitglied für das Feuerwehrwesen. Die Konferenz fasst Beschlüsse über Anliegen, die von einer Mehrheit der Kantone als wichtig eingestuft werden. Im weiteren verabschiedet sie Projekte, Richtlinien und Empfehlungen zuhanden der Kantone. Sodann wählt sie den Vorstand und befindet über die Jahresrechnung.

Vorstand, Sekretariat:

Der Vorstand besteht aus sieben Regierungsmitgliedern. Das Präsidium liegt seit der Gründung im Jahr 1995 bei Werner Niederer, Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden. Das Sekretariat befindet sich bei Ernst Bischofberger, Vorsteher des Feuerschutzes von Appenzell Ausserrhoden. Mitglieder des Vorstandes sind: J.-R. Fournier, Sion (VS); Elisabeth Gander-Hofer, Sarnen (OW); Monika Dusong, Neuchâtel (NE); Peter Mattli, Wassen (UR); Peter Schönenberger, St.Gallen; Elisabeth Zölch, Bern.

Feuerwehrenspektoren-Konferenz:

In diesem Organ ist die jeweilige kantonale Fachinstanz des Feuerwehrwesens vertreten. In den meisten Kantonen trägt diese Person die Bezeichnung Feuerwehrenspektor. Die Feuerwehrenspektoren tragen die operationelle Verantwortung im jeweiligen Kanton. In der Konferenz bearbeiten und beraten sie primär gemeinsame Anliegen der Kantone.

Fachkommission für das Feuerwehrwesen:

Dem Vorstand der Regierungskonferenz beigelegt ist ein siebenköpfiges Fachorgan, das die politischen Verantwortungsträger in fachlicher Hinsicht berät. Es besteht aus zwei Personen des Schweizerischen Feuerwehrverbandes, einer Person der Schweizerischen Feuerwehrinstrukto-

ren-Vereinigung und drei Personen von kantonalen Feuerwehrinstanzen. Präsiert wird das Fachgremium durch den Sekretär der Konferenz, Ernst Bischofberger. Mitglieder sind: André Marti, Pully (VD); David Schnyder, Sion (VD); Kurt Steiner, Zürich (ZH); Beda Sartory, Wil SG (SFV); Ivan Weber, Lugano (SFV); Urs Genhart, Stans (SFIV).

Koordinationskommission Bundesstellen:

Dieses Dreiergremium trägt die Verantwortung für alle Verbindungen mit den Bundesstellen. Präsident ist Peter Schönenberger, Regierungsrat des Kantons St.Gallen. Mitglieder sind Walter Egger, Adlikon ZH, und Hans Rüttimann, Rain LU. ▀

Sicherheitspolitik der Zukunft

Thüring: Neue Trends im zivilen Bereich

rei. Ein militärischer Schlagabtausch sei in den nächsten Jahren kaum denkbar, sagte Paul Thüring, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, an der Generalversammlung des Sicherheitspolitischen Forums Zentralschweiz. Es sei deshalb nicht minder wichtig, Sicherheitspolitik zu thematisieren.



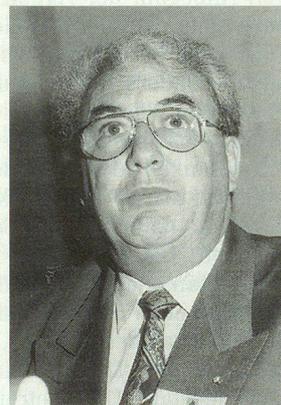
Der Wechsel vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zum Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) habe wie eine Initialzündung für die Inangriffnahme von Reformen bei den Institutionen des Bevölkerungsschutzes gewirkt, stellte Thüring einleitend fest. Heute herrsche indessen noch eine gewisse Unsicherheit über das weitere Vorgehen bezüglich der Aufgabenteilung und der Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei verschiedensten Notlagen. Thüring: «Es gibt heute nicht mehr «eine» Lageentwicklung im herkömmlichen Sinn, sondern verschiedenste Lageentwicklungen.» Als entsprechend komplex stuft Thüring unter diesem Aspekt die Risiko-Beurteilung und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen ein. Heute stehe kaum mehr die militärische Bedrohung im Vordergrund. Hingegen sei eine weitverbreitete Unsicherheit, Beunruhigung und Angst wegen der Gefährdung der inneren Sicherheit feststellbar. Diese Entwicklung sei eine Herausforderung für die politische Seite, die Risiken und Gefahren richtig einschätzen und Sicherheitsmassnahmen mittragen müsse.

Nur kurz streifte Thüring den Bericht Brunner, den er als «wertvoll» bezeichnete, obwohl das Schwergewicht der Aussagen auf die Armee bezogen sei. Viele dieser Aussagen hätten jedoch auch Gültigkeit für den Zivil- bzw. den Bevölkerungsschutz.

Stärken und Schwächen des Zivilschutzes

Thüring zeigte in einem zwar gerafften, jedoch sehr interessanten Überblick auf, in welchem strategischen und politischen Umfeld der Schweizer Zivilschutz entstanden, gewachsen und zum international anerkannten «Weltmeister» geworden war. Heute ist diese «Weltmeister-Ehre» indessen in Frage gestellt, weil sich die Anforder-

BZS-Direktor Paul Thüring: «Ein militärischer Schlagabtausch ist in den nächsten Jahren kaum zu erwarten.» Alsdann etwas ironisch: «Sonst werden uns die USA schon sagen, was zu tun ist.»



Josef Leu, Präsident des Sicherheitspolitischen Forums Zentralschweiz: «Fragen der Sicherheit müssen wieder stärker thematisiert werden. Es herrscht die Neigung, diese zu verdrängen.»



rungen der Zeit in einem raschen Tempo gewandelt haben. Thüring nannte einige Schwachstellen des Zivilschutzes aus heutiger Sicht. (Anmerkung der Redaktion: wobei sich diese, je nach Lageentwicklung, auch unvermittelt in Stärken wandeln können). So sind Konzeption und Auftrag des Zivilschutzes, zumindest teilweise, immer noch auf Kriegsleistung ausgerichtet. Zwar ist der heutige Zivilschutz auch sehr gut katastrophentauglich, für die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen, die kaum je flächendeckend auftreten dürften, ist der Zivilschutz personell jedoch eindeutig überdotiert. Thüring: «Wir müssen eine

FOTOS: E. REINWANN

Sicherheitspolitisches Forum 1999

rei. Einen neuerlichen Zuwachs auf 294 Mitglieder konnte das Sicherheitspolitische Forum Zentralschweiz im vergangenen Jahr verzeichnen. Für das Jahr 1999 sind wiederum vier Veranstaltungen vorgesehen.

Frühjahr 1999: «Was nützt die äussere Sicherheit, wenn die innere Sicherheit bedroht ist?» Hauptthema ist die Migration. Am 3. Mai sprechen Divisionär Peter Regli und Dr. Anton Widmer, Direktor des Bundesamtes für Polizeiwesen. Am 17. Mai äussert sich Bundesrat Arnold Koller zum Thema.

Herbst 1999: «Sicherheitspolitischer Bericht 2000». Am 8. November erörtert Botschafter Anton Thalmann, Projektleiter SIPOL B 2000, das Thema in einer Diskussionsrunde. Am 29. November informieren Divisionär Urban Siegenthaler, Projektleiter Armee, und alt Regierungsrat Peter Schmid, Projektleiter Bevölkerungsschutz, über Konsequenzen aus dem Sicherheitspolitischen Bericht 2000. Zur Klarstellung: Der SIPOL B 2000 soll bereits im Juni 1999 durch den Bundesrat verabschiedet werden. ▀

neue Dienstverpflichtung finden.» Nur noch bedingt als Schwachstelle einzustufen ist die Ausbildung. In diesem Bereich wurden in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte erzielt: nicht zuletzt deshalb, weil die Anforderungen an den Wissensstand und die Fähigkeiten der auszubildenden Personen kräftig hinauf geschraubt wurden. Sicherlich ein Pluspunkt für den Zivilschutz ist die weltweit einzigartige, hervorragende Infrastruktur, die unbedingt erhalten werden muss. Funktions- und Werterhaltung kosten jedoch Geld. Bei den heutigen Sparanstrengungen eine Schwachstelle? Ein widersprüchliches Bild bietet sich bezüglich der Information. «In regionalen Medien wird der Zivilschutz gut und objektiv dargestellt», ist Thürings Erfahrung. «Anders verhält es sich mit nationalen Medien, die immer noch Erfahrungen kolportieren, welche 20 bis 30 Jahre zurückliegen.»

Zivilschutz 200X im Visier

Wie soll denn der Zivilschutz 200X aussehen? fragte Thüring. Er erinnerte an die sicherheitspolitischen Leitlinien des Bundesrates, wonach der Zivilschutz katastrophentauglich sein muss, den Kantonen und Gemeinden mehr Verantwortung übertragend, der Kräfteverbund zu

fördern ist und Flexibilität zur Forderung gemacht wird. Thüring, nun vorausschauend nuanciert: «Der Bevölkerungsschutz 200X ist das umfassende zivile Pendant zur Armee XXI. Viele Aufgaben müssen gemeinsam gelöst werden. Der Bevölkerungsschutz 200X muss kollektive Risiken und Gefahren abdecken können und alle sicherheitspolitischen Partner müssen von den gleichen Voraussetzungen ausgehen können. ▀

Feuerwehren SO und BL bilden gemeinsam aus

rei. In der Klus in Balsthal entsteht mit budgetierten Kosten von 10,25 Millionen Franken ein interkantonales Ausbildungszentrum für die Feuerwehren der Kantone Solothurn und Basel-Landschaft. Ab dem Frühjahr 2000 kann die Ausbildung aufgenommen werden. Wie am Spatenstich Ende September 1998 zu erfahren war, zeigen auch die SBB Interesse an diesem Zentrum, das nach der Fertigstellung noch Kapazitäten frei hat. Die topmoderne Anlage entsteht auf dem Firmengelände der Von Roll, von der auch zwei Gebäude im Baurecht übernommen werden konnten. Diese werden nun übungsgerecht umgebaut. Kernstück ist das «Pyrodrom-System», mit dem mittels Propangas die verschiedensten Brandsituationen nachgestellt werden können. ▀

Das SRK zum Tag der Menschenrechte

Sandra Moser auf dem CD-ROM-Spiel

Vor 50 Jahren, am 10. Dezember 1948, setzte die UNO die Menschenrechtserklärung in Kraft. Eine Erklärung, die in manchen Ländern dazu beitrug, die Würde des Menschen zu verbessern. Pünktlich auf das Jubiläum lancierte das Schweizerische Rote Kreuz SRK das Menschenrechts-3-D-Adventure-Spiel «Isle of Right». Bekannte Mitwirkende ist dabei die Schauspielerin Sandra Moser. Am 10. Dezember 1998 fand in der Kulturwerkstatt Kaserne Basel anlässlich eines grossen, vom SRK organisierten Jugendfestes die CD-ROM-Taufe statt.

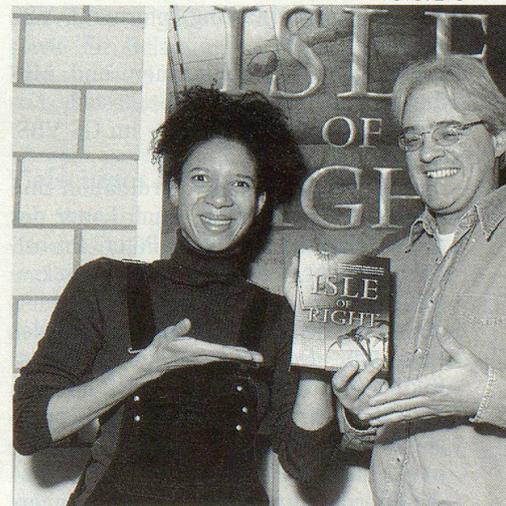


Das Schweizerische Rote Kreuz SRK nimmt sich bereits seit Jahren gezielt des Themas Menschenrechte an. So gründete es vor drei Jahren das Therapiezentrum SRK für Folteropfer, das Opfer von gezielten Menschenrechtsverletzungen betreut. Speziell will das SRK auch jene Zielgruppe für das Thema sensibilisieren, die morgen Gesellschaft und Politik prägt: die Jugend. Aus diesem Grund hat es zusammen mit der Bernnet AG aus Bern ein Computerspiel entwickelt, das Jugendliche ansprechen und begeistern soll. «Die Menschenrechte sind ein Thema, das Jugendliche interessiert. Dabei ist aber entscheidend, nicht mit dem erhobenen Zeigefinger auf Jugendliche zuzugehen, um ihnen die Menschenrechte näherzubringen. Man muss vor allem Medien einsetzen, die Jugendlichen auch Spass machen», so Marcel Wisler, Kommunikationsleiter des Departementes Migration des Schweizerischen Roten Kreuzes. An diesem Projekt mitgewirkt hat auch die bekannte Schauspielerin Sandra Moser, die sich sofort begeistern liess. Sie spielt auf der CD-ROM eine Kioskverkäuferin, die zu einer zentralen Figur im Spiel wird. «Ich fand die Idee, ein solches Spiel zu produzieren, total gut. Die Spieler lernen auf spannende Art und Weise viel über die Menschenrechte. Sie erfahren, was Menschenrechte überhaupt sind und wie sie auf der Welt immer wieder verletzt werden», meint Sandra Moser.

Bestellungen und Informationen zur CD-ROM «Isle of Right»:

Schweizerisches Rotes Kreuz SRK
Departement Migration, Karin Moning
Rainmattstrasse 10, 3001 Bern
Telefon 031 387 74 10, Fax 031 387 74 11
E-Mail: kom.migration@redcross.ch ▀

FOTO: ZVG



Sandra Moser und Marcel Wisler, Leiter Kommunikation und Entwicklung im Departement Migration des SRK.

Zentralstelle für Gesamtverteidigung wurde aufgelöst

rei. Konzentration der Kräfte oder deren Verzettelung? Das ist die Frage, die sich im Zusammenhang mit der auf den 31. Dezember 1998 vollzogenen Auflösung der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) stellt. Wie der Mitteilung vom 17. Dezember 1998 zu entnehmen ist, werden die Grundaufgaben der ZGV von anderen Stellen des VBS und der Bundeskanzlei weitergeführt.



Die Sektion Ausbildung (Peter Aeschlimann, Chef, Ami Thurnherr, Stellvertretender Chef, und Marie-Anne Seiler, Sekretärin) wechseln ins Bundesamt für Zivilschutz in die Abteilung Ausbildung, die im Verlaufe dieses Jahres neu bereits auf die Aufgaben des Bevölkerungsschutzes 200X ausgerichtet wird.

Teile der Sektion Grundlagenstudien (Dr. Herbert Braun, Chef, und Dr. Peter Griss, Sekretariat Lagekonferenz) sowie der Informationschef (Dr. Felix Christ) kommen in den Bereich Sicherheits- und Militärpolitik des Generalsekretariats des VBS. Sie wirken unter anderem an der Erarbeitung der neuen Sicherheitspolitik und des Berichts 2000 mit. Dr. Christ wird Informationschef des Bereichs Sicherheits- und Militärpolitik.

Die bisherige Rechnungsführerin der ZGV (Ruth Schild) wird Sekretärin/Sachbearbeiterin beim Chef der Finanzabteilung GS VBS.

Der Amtsinformatiker (Frédéric E. Roth) wird der Hauptabteilung Informatik VBS zugewiesen.

Die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bilden die neue «Stabsstelle Koordinierte Sicherheitspolitik» im GS VBS. Sie umfasst

- die bisherige Sektion Koordination und Kanton (Richard Lüthi, Chef, Leiter der neuen Stabsstelle, Hans-Peter Probst, Fachbeamter, Barbara Schlaefli, Sekretärin)
- die Geschäftsstelle des Stabes und des Rates für Gesamtverteidigung (Hans-Rudolf Schäd)
- den Stellvertretenden Chef der bisherigen Sektion Grundlagenstudien, Schwerpunkt Strategie (Tamás Bosnyák)
- die Koordinationsstelle Frau und Sicherheitspolitik (Maja Walder)
- das Sekretariat des Ausschusses Koordination der Vorbereitung der Katastro-

phenhilfe COMCAT (François D. Maridor); zum Arbeitsbereich von François D. Maridor gehört neben dem Sekretariat COMCAT die Koordination mit Kantonen und ausländischen Partnern

- die Dienststelle Administration (Alphons Kasper)
- das Sekretariat des bisherigen Dienstes für besondere Aufgaben (Margrit Campani)

Der bisherige Chef des Rechtsdienstes der ZGV (Dr. Hanspeter Rütli) und die Direktionssekretärin (Georgette Waeber) treten zur Bundeskanzlei über, wo sie im Team für die strategische Führungsausbildung mitwirken werden.

Der Redaktion der Zeitschrift «Zivilschutz» bleibt zum Schluss nur noch, den Verantwortlichen der ZGV zu danken. Bei vielen Gelegenheiten konnten die guten Dienste dieser Institution, basierend auf fundierten Fachkenntnissen, in Anspruch genommen werden. Es war dabei jederzeit eine wohlwollende Hilfsbereitschaft spürbar. ▣

Die Zusammenarbeit geübt

Aargau: Der KSD setzt auf Partnerschaft

AZV/bm. Kompliment von Oberfeldarzt Dr. med. Peter Eichenberger, dem Beauftragten des Bundesrates für die Vorbereitung des Koordinierten Sanitätsdienstes (KSD), an die KSD-Verantwortlichen des Kantons Aargau. Im Anschluss an einen Weiterbildungskurs stellte Eichenberger fest, der Kanton Aargau gehe die Aufgaben des KSD sehr aktiv und gut strukturiert an.



Im Herbst 1998 fand in Gränichen der Weiterbildungskurs KSD des Kantons Aargau statt.

Das neue Konzept KSD, das aufgrund der veränderten weltpolitischen Lage erarbeitet wurde, hat auch auf die Gestaltung der Weiterbildungskurse einen wesentlichen Einfluss. Aufgrund des neuen Konzepts steht die Erweiterung des öffentlichen Gesundheitswesens durch koordinierten Einsatz der Armee, des Zivilschutzes und ziviler Organisationen zur bestmöglichen Versorgung der Patienten in jeder Lage im Vordergrund. Der Kanton Aargau hatte sich deshalb entschlossen, zusätzlich zu den kantonalen Führungsgremien alle Organisationen, die bei einem

Grossereignis aufgeboden werden können, zu dieser Weiterbildung einzuladen. Es waren dies namentlich die Sektion Gesundheitswesen im kantonalen Führungsstab, regionale Führungsstäbe, die kantonale Rettungskommission, Bezirksärzte, Rettungsdienste, Samariter, Stützpunktfeuerwehren, Chemiewehren und militärische Vertreter (Spit Rgt 5, Ter Rgt 23, Stab Ter Div 2). Dadurch wurde auch die Möglichkeit geschaffen, den einzelnen Organisationen darzulegen, welche Aufgaben durch welche Organisationen auf welchem Schadenplatz zu bewältigen sind. Im Rahmen einer Reihe von Referaten wurde die Thematik aus verschiedener Sicht ausgeleuchtet und in anschliessenden Workshops vertieft. Dabei wurde eine Fülle wertvoller Erkenntnisse gewonnen. ▣

Schweizer Offiziere im Kosovo-Einsatz



VBS. Seit Anfang Dezember befinden sich die ersten Schweizer Verifikationsspezialisten des VBS für die OSZE-Kosovo-Mission im Einsatzgebiet. Es handelt sich um sieben einsatzerfahrene Offiziere der Schweizer Armee. Die freiwilligen und unbewaffneten Schweizer Offiziere sind Bestandteil der Kosovo Verification Mission (KVM) unter der Führung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Gemäss Abkommen zwischen dem US-Diplomaten Richard Holbrooke und dem serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic vom 12. Oktober soll die KVM maximal 2000 unbewaffnete Personen umfassen, welche primär den Rückzug der serbischen Einheiten sowie die Waffenruhe gemäss der UNO-Resolution 1203 zu überwachen haben. Der Bundesrat hatte an seiner Sitzung vom 18. November seinen Grundsatzentscheid von Ende Oktober bekräftigt, die KVM substantiell zu unterstützen.

Bevor die Schweizer konkrete Aufgaben zugeteilt bekamen, wurden sie im Felde einem mehrtätigen einsatzbezogenen Training unterzogen.

Das VBS führte im Dezember 1998 für weitere KVM-Kandidaten einen entsprechenden Vorbereitungskurs im Ausbildungszentrum Friedenserhaltende Operationen auf dem Waffenplatz Bière durch. Wann diese 25 Leute in der Krisenregion zum Einsatz kommen, stand bei Redaktionsschluss noch offen. ▣



Bloodhound vorzeitig ausser Betrieb gesetzt

rei. Die politischen Umwälzungen der vergangenen zehn Jahre und die damit verbundene veränderte Bedrohungslage zeigen ihre Wirkung. Weil die Wahrscheinlichkeit eines Luftkrieges in Europa mittelfristig stark gesunken ist, aber auch weil die Armee an allen Ecken und Enden sparen muss, wird das Lenkwaffensystem «Bloodhound» vorzeitig ausser Betrieb gesetzt.

Ursprünglich war als Termin das Jahr 2005 vorgesehen gewesen. Nun soll die schrittweise Ausserbetriebsetzung bereits Ende 1999 abgeschlossen sein. Die 1964 eingeführte Boden-Luft-Lenkwanne gilt selbst heute noch dank mehrerer Kampfwertsteigerungen, geringer Störanfälligkeit und hoher Trefferquote als ernstzunehmendes Waffensystem. ▢

Zwölf weitere Super-Puma für die Armee

Die Schweizer Armee wird in der Luft noch mobiler. Sie erhält zwölf weitere Transporthelikopter des Typs Super-Puma. Bundesrat Adolf Ogi unterzeichnete am 17. Dezember 1998, gestützt auf die Kreditvorgaben für das Rüstungsprogramm 1998, einen Kaufvertrag in der Höhe von

252 Millionen Franken. Geliefert werden die «Schwerarbeiter der Lüfte» von der französischen Firma Eurocopter. Zehn der neuen Helis werden im Unterlieferantenverhältnis von der Schweizerischen Unternehmung für Flugzeuge und Systeme (SF) ab dem Frühjahr 2001 endmontiert.

Text und Bild: rei.



Besuch
aus Bosniens Verteidigungsministerium

Generäle studieren auch unseren Zivilschutz

Eine hochrangige Delegation aus dem Verteidigungsministerium der Föderation von Bosnien-Herzegowina hielt sich zu einem Studienbesuch in der Schweiz auf. Im Rahmen des Arbeitsprogrammes wurden auch verschiedene Einrichtungen des Zivilschutzes in Bern und Solothurn besucht.

MARK A. HERZIG

Die KSZE ist in die OSZE übergegangen, es gibt die Partnerschaft für den Frieden, und vorab arbeitet man im Rahmen von vertrauensbildenden Massnahmen – all dies spielt im und rund um das Dayton-Abkommen eine gewisse Rolle. Auch für sehr interessierte Laien ist dieses Gefüge aus Abkommen und Massnahmen nicht einfach zu erfassen bzw. zu durchblicken.

Vertrauen bilden heisst vorab, sich gegenseitig kennenlernen. Mit dieser Zielsetzung weilte eine Delegation aus der Föderation Bosnien-Herzegowina in der Schweiz. Sie setzte sich zusammen aus Alija Tihic (als Chef des Bevölkerungsschutzes Assistent des Verteidigungsministers), Generaloberst Zelko Siljeg ist wiederum sein Stellvertreter, und Major General Dusan Kukobat ist Chef der Direktion für Beziehungen mit ausländischen Militärs und internationalen Organisationen der Republik Srpska. Betreut wurden sie von Dr. Hans Eberhard (Chef Euroregionale Rüstungskontrolle und Abrüstung iGst), Matthias Halter (Gst) sowie für Belange des Zivilschutzes von Roman Jäggi (stellvertretender Informationschef, Bundesamt für Zivilschutz BZS).

Vielseitiges Programm

Am Vormittag wurden die Gäste im BZS von dessen Direktor Paul Thüring begrüsst und dann von Roman Jäggi in die grundlegendsten Gegebenheiten des ZS auf Bundesebene eingeführt. Josef Mattmann und Kurt Grimm erläuterten verschiedene Typen von Schutzräumen und deren Ausrüstung anhand praktischer Beispiele (Besuch eines kombinierten KP mit San Po). Am Nachmittag war die ganze Gruppe in Solothurn zu Gast. Dort erläuterten Peter Hänsli (Kommandant der Stützpunktfeuerwehr und Chef ZSO) sowie sein Adjunkt Rolf Gunzinger Zivilschutzorganisation

FOTO: MARK A. HERZIG



Im DC Raum des KP Grafenfels der ZSO Solothurn/Feldbrunnen-St. Niklaus erläuterte Rolf Gunzinger (links aussen) Ausdehnung und taktische Gliederung. Generaloberst Zelko Siljeg, Major General Dusan Kukobat, Alija Tihic (Stv. Verteidigungsminister), Alen Gagula (Übersetzer), Dr. Hans Eberhard, Matthias Halter (beide Gst), Andreas Fankhauser (DC KGS) und Peter Hänsli, Chef ZSO und Feuerwehrkommandant, hören ihm und der Übersetzerin Susanne Oroz aufmerksam zu.

und Feuerwehr einer Schweizer Kleinstadt, wo – eher atypisch – eine erste Regionalisierung des ZS schon vor weit über 20 Jahren begonnen hat und wo seit Jahren Feuerwehr und ZS in einem Amt und unter einem Kommando zusammengelegt sind.

Spezialthema Kulturgüterschutz

Breiter Raum wurde dem KGS eingeräumt, finden sich doch auf dem Platz Solothurn 15 Objekte von nationaler und 48 Objekte

von regionaler Bedeutung. Staatsarchivar Andreas Fankhauser, DC KGS im Stab der ZSO Solothurn/Feldbrunnen-St. Niklaus, erläuterte den Gästen das Vorgehen bei der Aufnahme dieser Kulturobjekte und wie man diese Arbeiten aufbereitet, um sie auch der Feuerwehr zur Verfügung stellen zu können.

Zum Schluss stellte im Feuerwehrmagazin Peter Hänsli die Feuerwehr ganz speziell vor und führte anschliessend durch den Fahrzeugpark, wo er auch kurz einige spezielle Ausrüstungsteile präsentierte. ▢

Bern, 27. November 1998

Schweizer Armee XXI: Der Chef informiert

Auf dem Weg zu einer neuen Armee hat die Geschäftsleitung des VBS zwei Entscheide gefällt. Es geht um den Fahrplan für die Armee reform und um die Namensgebung für den Reformprozess.

Konkretisierung des Reformfahrplans:

Die Geschäftsleitung des VBS beabsichtigt mit der Umsetzung der neuen Armee ab dem 1.1.2003 zu beginnen. Dies bedeutet, dass die vorgelagerten Schritte bereits ab 1999 zügig absolviert werden. Konkret wird der Bundesrat den Sicherheitspoliti-

schen Bericht 2000 bis Mitte nächstes Jahr verabschieden und das Parlament die Beratungen von Armeeleitbild, Leitbild Bevölkerungsschutz und Militärgesetz bis ca. Ende 2002 abschliessen können. Im Bereich Friedensförderung erwägen wir zudem eine vorgezogene Teilrevision des Militärgesetzes (Bewaffnungsfrage, Ausbildungszusammenarbeit).

Ich bin mir bewusst: Dieser Fahrplan ist ehrgeizig, aber nötig, wenn wir den Erwartungen der Miliz und unserer Partner Rechnung tragen wollen. Er ist auch nötig, wenn wir unsere Antwort auf die verän-

dernten sicherheits- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen rasch und überzeugend geben wollen.

Neuer Name für den Reformprozess:

Die Geschäftsleitung des VBS will den Reformprozess auch nach aussen sichtbar über eine neue Bezeichnung und ein neues Logo identifizieren.

Der bisherige Arbeitstitel «Armee 200X» soll deshalb durch die neue Bezeichnung SCHWEIZER ARMÉE XXI (römisch für: Armee 21) – ARMÉE SUISSE XXI – ESERCITO SVIZZERO XXI – ARMADA SVIZRA XXI abgelöst werden. Damit wird verdeutlicht, dass die neue Armee ins 21. Jahrhundert gehört. Es geht also um einen Prozess, der zu neuen Inhalten und neuen Strukturen führen wird. *Adolf Ogi*

Neuer Stellvertreter des Info-Chefs VBS



Der Informationschef des Generalstabes, Martin Bühler (51), wurde auf den 1. Januar 1999 neuer stellvertretender Informationschef des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Er ist Nachfolger von Hans-Ruedi Moser, der als Informationschef in die Bundeskanzlei wechselt. Martin Bühler arbeitet seit 1992 im Informationsbereich des VBS; von 1995 bis 1997 war er Informationschef des damaligen EMD. Seine Nachfolge im Generalstab wird später geregelt. *pd VBS*

Nouveau suppléant du chef de l'information



Le 1^{er} janvier 1999, le chef de l'information de l'Etat-major général, Martin Bühler (51), deviendra le suppléant du chef de l'information du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS). Il succédera à Hans-Ruedi Moser, lequel prendra ses fonctions de chef de l'information de la Chancellerie fédérale. Martin Bühler travaille depuis 1992 dans le domaine de l'information au DDPS; de 1995 à 1997, il dirigea le service de l'information de ce qui était alors le DMF. Sa succession au sein de l'Etat-major général sera réglée ultérieurement. *cp DDPS*